



„Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse.“

Marx/Engels: Aus dem Manifest der Kommunistischen Partei

Brandenburger

Zeitung der DKP | Landesorganisation Brandenburg

Frieden und Freundschaft mit Russland und China!

2-2025

Internet: brandenburg.dkp.de

„Kriegstüchtig“? OHNE UNS!

Die NATO-Mitgliedstaaten steigern ihre Rüstungsausgaben in bisher unbekannte Höhen. Dies war die zentrale Botschaft des im Juni zu Ende gegangenen NATO-Gipfels in Den Haag. Ab spätestens 2035 sollen 3,5 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) direkt in ihre Streitkräfte investiert werden.

Zusätzlich 1,5 Prozent des BIP sollen in sogenannte begleitende Maßnahmen fließen, darunter die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, damit Panzer und anderes schweres Gerät über Schienen, Straßen und Brücken Richtung Osten rollen können, die Stärkung der Cybersicherheit zum besseren Spionieren auf höchstem technischem Niveau im In- und Ausland und der weitere Ausbau der Nachrichtendienste, um Querulanten gegen den Kriegskurs zu identifizieren und lahmzulegen. Ziel ist es, das Militärbündnis gemäß den Worten unseres Kriegsministers Pistorius (SPD) „kriegsfähig“ und „kriegstüchtig“ zu machen. Und Deutschland vorneweg. Bundeskanzler Merz (CDU) will die Bundeswehr zur stärksten Streitmacht in Europa machen.

Die Ausgaben für Militär, Geheimdienste und militärische Infrastruktur sollen demnach auf 5 Prozent des BIP, der gesamtstaatlichen Wirtschaftsleistung, steigen.

Was bedeuten diese Zahlen?

Ein konkretes Beispiel: Das BIP der BRD betrug im vergangenen Jahr etwa 4.300 Mrd. Euro. Zehn Prozent dieser Wirtschaftsleistung bildeten etwa den Bundeshaushalt: 441 Mrd. Euro. Fünf

Prozent des BIP (215 Mrd. Euro) entsprechen also fast 50 Prozent des gesamten Bundeshaushaltes. Geld, das für Soziales, Gesundheit, Bildung, Wohnungsbau, Umweltschutz u.v.a.m. fehlt. Kriegskredite, verharmlosend „Sondervermögen“ genannt, belasten darüber hinaus zukünftige Generationen.



Diese ungeheure Aufrüstung lehnen wir ab!

Nach dem Beschluss des NATO-Gipfels sollen diese Zahlen im Jahr 2035 Realität werden, laut Finanzminister Klingbeil (SPD) zu spät. Er will den Betrag schon 2029 erreichen. Hochrüstung geht von nun an über alles.

Womit wird diese enorme Aufrüstung begründet?

Laut Bundesregierung sei das nötig, um Russland wirkungsvoll abzuschrecken und um das Fundament für Freiheit, Sicherheit und Wohlstand zu legen. Die zusätzlichen Ausgaben erfolgten aus „tiefem eigenen Interesse“, bekräftigte

Merz auf der Pressekonferenz zum NATO-Gipfel.

Was sind die deutschen Interessen?

Die NATO wird zwar vorgeschoben, Tatsache aber ist, dass der deutsche Imperialismus aus eigenem Antrieb das größte Hochrüstungsprogramm der BRD betreibt. Ziele sind die Dominanz in Europa und (wieder einmal) Weltmachtansprüche. Dafür braucht es auch ein schwaches Russland, möglichst ein halbkoloniales als Hinterland und Rohstoffquelle und deshalb die Fortsetzung des Krieges gegen Russland in der Ukraine und dessen Eskalation, Taurus-Raketen an das Regime in Kiew inklusive. Das Feindbild Russland und die Russophobie geben die Richtung vor. Damit ist Krieg in Deutschland wieder eine reale Gefahr.

Die Einstimmung auf Krieg hört sich dann so an: „Vielleicht ist dieser Sommer der letzte Sommer, den wir noch im Frieden erleben.“, so Prof. Sönke Neitzel, Militärgeschichtler aus Potsdam.

Nein zur Wehrpflicht!

Passend zu Aufrüstung und Kriegsrhetorik hat Pistorius Anfang Juli einen Gesetzentwurf vorgelegt, der den freiwilligen Militärdienst „attraktiver“ machen und bei Bedarf eine Rückkehr zur Wehrpflicht ermöglichen soll. Die Bundesregierung will schnell entscheiden, damit das Gesetz ab 2026 gilt.

Das Ziel ist, die Truppenstärke von derzeit 180.000 auf zunächst 260.000 Soldaten und 200.000 Reservisten (aktuell 100.000) zu erhöhen. Ab Jahrgang 2008 soll ein Fragebogen das Interesse und die Eignung für den Wehrdienst erfassen; Männer müssen ihn ausfüllen, Frauen können freiwillig teilnehmen.

--> Fortsetzung auf Seite 2



-> Fortsetzung von Seite 1

Boris Pistorius: „Wir müssen bis 2029 kriegstüchtig sein.“

Adolf Hitler: „Die deutsche Armee muss in vier Jahren einsatzfähig sein. Die deutsche Wirtschaft muss in vier Jahren kriegsfähig sein.“ (1936)

Boris Pistorius: „Wir müssen uns wieder an den Gedanken gewöhnen, dass die Gefahr eines Krieges in Europa drohen könnte. Und das heißt: Wir müssen kriegstüchtig werden, wir müssen wehrhaft sein und die Bundeswehr und die Gesellschaft dafür aufstellen.“

Joseph Goebbels: „Ich verspreche dem deutschen Volke, nichts unversucht zu lassen, um in wenigen Wochen die Heimat in jeder Beziehung kriegstüchtig zu machen.“ (1944)

Bundeswehr-Generalmajor Christian Freuding: „Wir wissen, dass die russischen Streitkräfte bis 2029 militärische Fähigkeiten anstreben, die sie in die Lage versetzen, neue Bedrohungen für NATO-Gebiete darzustellen.“

Boris Pistorius: „Ab 2029 oder 2030 könnte Putin so aufgerüstet haben, dass Russland zu einem Angriff auf die NATO in der Lage wäre.“

Adolf Hitler: „Es ist nunmehr notwendig, das deutsche Volk psychologisch allmählich umzustellen und ihm langsam klarzumachen, dass es Dinge gibt, die, wenn sie nicht mit friedlichen Mitteln durchgesetzt werden können, mit Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden müssen... dazu war es notwendig, nicht nur die Gewalt als solche zu propagieren, sondern dem deutschen Volk bestimmte außenpolitische Ereignisse so zu beleuchten, dass die innere Stimme des Volkes selbst langsam nach der Gewalt zu schreien beginnt.“ (1938) ■ TS (Quelle: Freidenker)

Ab 2027 ergänzt eine Bereitschaftserklärung die verpflichtende Musterung, um gezielt Freiwillige zu gewinnen und im Ernstfall zur Wehrpflicht überzugehen. Die Einführung der Wehrpflicht bleibt dem Parlament vorbehalten, falls nicht genügend Freiwillige zum Töten und Sterben bereit sind.

Wer bedroht eigentlich wen?

Die wieder heraufbeschworene „Gefahr aus dem Osten“ hält den Tatsachen nicht stand. Die Hauptkriegsgefahr geht von der NATO aus: Sie hat sich in den vergangenen Jahren mit ihrer Osterweiterung immer weiter bis an Russlands Grenzen ausgedehnt, führt bereits einen Stellvertreterkrieg gegen Russland in der Ukraine und bereitet die direkte Konfrontation mit medialer Hetze vor.

Für einen erfolgreichen militärischen Angriff ist eine etwa drei- bis achtfache Überlegenheit nötig. Die NATO ist Russland aber mit konventionellen Waffensystemen um ein Vielfaches überlegen, lediglich bei Nuklearwaffen ist das Verhältnis in etwa ausgeglichen. Die NATO-Staaten investierten 2024 über 10-mal so viel in Waffen und Militär wie Russland (Quelle: SIPRI).

Keine neuen US-Mittelstreckenraketen

Zu den Kriegsvorbereitungen gegen Russland gehört auch die geplante Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in der BRD im nächsten Jahr.

Als Abschreckung gegen einen angeblichen Angriff Russlands auf NATO-Gebiet propagiert und ohne öffentliche Diskussion im Sommer 2024 vereinbart, ist die Stationierung Bestandteil eines bereits seit 2016 verfolgten geostrategischen Offensivkonzepts der USA, um Russland und China militärisch durch diese Erstschlags-

26. Parteitag der DKP (20.-22.06.2025, Frankfurt/M.)

Auf dem Parteitag wurden die Hauptaufgaben der nächsten Jahre bestimmt:

Es geht weiter um den Kampf um die Stärkung der Friedensbewegung.

Es geht weiter um das Zurückdrängen der Integration der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in den Kriegs- und Krisenkurs der Herrschenden.

Es geht weiter um die Sammlung von Unterschriften für den „Berliner Appell“.

Und es geht um die Intensivierung des Kampfes gegen die Wehrpflicht.

waffen existenziell zu bedrohen. Das stellt eine neue Konfrontation dar, die in Europa nicht zu mehr Sicherheit führt, sondern Russland zu Reaktionen provozieren kann, die letztendlich die BRD zu einem nuklearen Schlachtfeld machen könnte.

Eine Möglichkeit des Protests gegen die Stationierung der Raketen ist die Unterzeichnung des „Berliner Appells“, auch Online auf „nie-wieder-krieg.org“. Auf ihrem Parteitag im Juni konnte die DKP bereits 16.000 Unterschriften an die Initiatoren übergeben.

Neu: Veteranentage

Zur Militarisierung der Gesellschaft gehört seit diesem Jahr der Veteranentag.

Bereits 2018 festgelegt und für aktive und ehemalige Bundeswehrsoldaten gedacht, werden NVA-Angehörige ausgeschlossen, da sie nicht in der Tradition der Bundeswehr stehen.

Wie wahr, die Nationale Volksarmee der DDR, des einzigen Friedensstaates auf deutschem Boden, hat ja auch nie einen Krieg geführt. ■ TS



*„Zu sagen was ist, bleibt die revolutionärste Tat.“
Rosa Luxemburg*

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP

www.unsere-zeit.de | www.uzshop.de



JETZT 6 WOCHEN PROBELESEN!
Das Abo ist gratis und endet automatisch.
E-Mail: abo@unsere-zeit.de
Tel.: 0201 - 177889-23 Fax: -28

Gegen Besatzung und Völkermord Solidarität mit dem palästinensischen Volk!

Die DKP verurteilt den Völkermord am palästinensischen Volk und die andauernde Besatzung Palästinas durch den zionistischen Staat Israel. Sie ist solidarisch mit dem palästinensischen Volk und seinem jahrzehntelangen Kampf für einen eigenen Staat und gegen die zionistische Besatzung! Wir werden uns bei Bedarf und in Absprache mit unseren Partnerorganisationen in Palästina weiterhin an Projekten materieller Solidarität beteiligen.

Die Bundesregierung ist an Völkermord und Besatzung durch ihre Unterstützung unmittelbar beteiligt. Die DKP fordert: Keine politische, militärische oder finanzielle Unterstützung für Israel! Sie begrüßt die Klage Nicaraguas vor dem Internationalen Gerichtshof gegen Deutschland wegen Verstoßes gegen die Völkermordkonvention.

Schluss mit der Bespitzelung und Stigmatisierung der Solidaritätsbewegung durch den „Verfassungsschutz“! Schluss mit den Repressionen! Wir sind solidarisch mit dem Kufiya-Netzwerk, der „Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ und allen von Repressionen und Verboten Betroffenen!

Die Palästina-Solidarität muss stärker werden! Wir rufen dazu auf, sich im ganzen Land aktiv an Solidaritätsaktionen mit Palästina zu beteiligen!

(Aus der Erklärung des 26. Parteitags der DKP)



Vergiss niemals!

Am 7. September 1945 fand im Zentrum Berlins eine Siegesparade von Truppen der Sowjetarmee und der drei Westalliierten statt. Ideengeber und Abnehmender war Marschall Shukow. Das weltweite Ende des Zweiten Weltkrieges sollte nach der Kapitulation Japans angemessen begangen werden. Die Westmächte nahmen nur widerstrebend und mit zweiter Garnitur an dem Ereignis teil. Ihre Medien berichteten kaum. So ging es als die „Vergessene Parade“ in die Geschichte ein. Der kalte Krieg brauchte das Vergessen über Ursachen, Akteure und Verlauf des Zweiten Weltkrieges, um den Dritten vorzubereiten. Das gilt bis heute.

Im Norden der Volksrepublik China, in der Stadt Hailar, nimmt sich ein „Museum des Antifaschistischen Weltkrieges“ dieser Zusammenhänge an. Auf steinernen Buchseiten ergeht an die Besucher die Mahnung „Wù Wàng“ („Vergiss niemals!). Mitgeteilt wird dort vieles, was hierzulande kaum bekannt ist. Nicht nur nach chinesischer Sicht, sondern auch im Verständnis anerkannter westlicher Historiker wie Richard Overy begann der Zweite Weltkrieg am 18. September 1931 mit dem von japanischen Spezialkommandos in Vorwegnahme von Gleiwitz inszenierten Zwischenfall an der Südmandschurischen Eisenbahn.

Er diente als Begründung für die Eröffnung eines totalen Vernichtungskrieges. Die tenno-faschistischen Truppen standen dabei Wehrmacht und SS in nichts nach. Das chinesische Volk leistete heldenhaft Widerstand und musste 20 Millionen (vorwiegend zivile) Tote beklagen.

Die UdSSR spielte wie in Europa auch in Asien eine entscheidende Rolle beim Niederringen der Achsenmächte. Von Anfang an erhielten die chinesischen Widerstandskräfte materielle Hilfe und militärische Unterstützung.

Sowjetische Freiwillige schossen Hunderte japanische Flugzeuge ab. 1939 brachten sowjetische und mongolische Truppen unter dem Oberbefehl des damaligen Armeekommandeurs Shukow Teilen der japanischen Kwangtung-Armee eine vernichtende Niederlage bei. Genau diese wichtigste Gruppierung der japanischen Landstreitkräfte wurde dann im August 1945 von der Sowjetarmee völlig zerschlagen.

Auch ohne verbrecherischen Einsatz der beiden US-Atombomben hätte Japan kapitulieren müssen. Zu den 27 Millionen getöteten Sowjetbürgern gehören die an dieser Front Gefallenen.

Den überragenden Beitrag der Sowjetunion und Chinas zur Niederringung der faschistischen Bedrohung wie auch jene „Vergessene Parade“ soll künftig eine alljährlich Anfang September stattfindende Veranstaltung von Friedensorganisationen in Berlin vor dem Vergessen bewahren helfen.

Sie findet in diesem Jahr am 13. September von 11 bis 17 Uhr im Theater Ost (Berlin-Adlershof, Moritz-Seeler-Str. 1) statt. Karten sind dort und im Antiwar-Café, Rochstr. 3, 10178 Berlin, erhältlich, Reservierungen unter integral_ev@freenet.de möglich. ■ JM



Sowjetische IS-3-Panzer auf der Parade

Quelle: <https://de.rbth.com/geschichte/83964-vergessene-parade-alliierte-berlin> (gemeinfrei)



Partei der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten

Vor unseren Augen führt eine handvoll von Superreichen, die Besitzer der Banken und Konzerne, einen Kampf gegen die übergroße Mehrheit der Lohnabhängigen und Erwerbslosen.

Für diesen Klassenkampf haben diese Superreichen einen Politikbetrieb, einen Staat inklusive Polizei und Militär und nicht zuletzt Medien, die ihre Profitinteressen durchsetzen und propagieren.

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) bezieht in diesem Klassenkampf Position für die Lohnabhängigen und für ihre Interessen.

Kommunisten leisten Widerstand:

Gegen die Ausweitung des Niedriglohnbereichs und des „Bürgergeldes“; gegen eine weitere Absenkung der Renten und die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge; gegen Aufrüstung und für Frieden mit China und Russland.

Wir sehen in der DDR die größte Errungenschaft der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland und verteidigen ihr Erbe.

Uns eint in der DKP die Einsicht, dass die Interessen des arbeitenden Volkes nur dauerhaft gesichert werden können, wenn die Banken und Industriebetriebe dem Privatbesitz der Reichen entzogen und in Gemeineigentum überführt werden.

Die Reichen haben sich gut organisiert. Deshalb müssen sich die Lohnabhängigen besser organisieren: In den Betrieben, in ihren Stadtteilen und Gemeinden – in der DKP.

Mach mit!



**Den Roten
Brandenburger
per Mail beziehen
oder verteilen?**

Einfach eine Mail schreiben an:
brandenburg@dkp.de

Impressum und Kontakt

DKP-Landesorganisation Brandenburg
Carl-Reichstein-Straße 2
14770 Brandenburg/Havel
Mail: brandenburg@dkp.de
Internet: brandenburg.dkp.de
V.i.S.d.P.: W. Richter - c/o DKP Brandenburg -
Carl-Reichstein-Straße 2 - 14770 Brandenburg

Die „Mutter der Deindustrialisierung“

Am 30. Mai 1964 wurde in Schwedt das Petrolchemische Kombinat (PCK) in Betrieb genommen, am 1. Juli begann der Dauerbetrieb. Das Kombinat war durch die „Drushba-Trasse“ direkt mit den Erdölquellen in der Sowjetunion verbunden und verwandelte die von dort kommenden Rohstoffe in alles, was ein Industrieland braucht: Benzin, Heizöl, Petroleum, Bitumen für Dächer und Asphalt für die Straßen. Die Einwohnerzahl, die 1961 noch knapp unter 10.000 Menschen lag, wuchs auf 54.000 überwiegend junge Menschen. Jetzt leben dort nur noch knapp 34.000 überwiegend ältere Menschen.

Erst die Konterrevolution 1989 und dann der 2022 begonnene Wirtschaftskrieg gegen Russland haben dem Werk und der Stadt im wahrsten Sinne des Wortes den Hahn abgedreht. Mit dem Wirtschaftskrieg entschied die Bundesregierung, dass künftig kein Gas und kein Öl mehr aus diesem rohstoffreichsten Land des eurasischen Kontinents gekauft werden darf.

Eine Treuhand „verwaltet“ illegal die Anteile des russischen Konzerns Rosneft (über 50 Prozent des PCK). Die Drushba-Pipeline, bleibt weiterhin zu. Die vom Bund zugesagten 400 Mio. Euro Fördergeld für den Ausbau einer Pipeline gen Rostock hängen seit Jahren in Brüssel fest.



Foto: Rosneft (UZ)

Mit dem Embargo entfällt seit nunmehr fast drei Jahren ein entscheidender Wettbewerbsvorteil der heimischen Industrie. Mühsam und teuer ist das russische Öl zumindest teilweise ersetzt worden durch Lieferungen unter anderem aus Kasachstan, so dass die im PCK arbeitenden Menschen und ihre von Lohnzahlungen abhängigen Familien wenigstens nicht ins Bodenlose gefallen sind. Noch gelten Beschäftigungsgarantien, die die Bundesregierung als Flankierung ihres Wirtschaftskrieges verkündet hat. Ende des Jahres endet die Arbeitsplatzsicherung aber.

Die Stimmung unter den 1.200 Beschäftigten ist schlecht. Die Auslastung der Raffinerie liegt nur bei 80 Prozent, das PCK arbeitet nicht wirtschaftlich. Seit Anfang des Jahres besteht Einstellungsstopp. Kurzarbeit und Jobverlust drohen.

Viele Schwedter wünschen sich ein Ende des Embargos und die russische Ölversorgung zurück. Eine sehr gute Idee: Für sichere Arbeitsplätze und gegen eine weitere Deindustrialisierung des Landes.

■ TS (Quelle/Zahlen: UZ, MAZ)

Ich möchte:

- Den Roten Brandenburger zugeschickt bekommen, um ihn in meinem Umfeld zu verteilen.
- Kontakt zur nächsten DKP-Gruppe in meiner Nähe.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Wohnort

E-Mailadresse

Bei Interesse Box ausfüllen, ausschneiden und in einem ausreichend frankierten Briefumschlag schicken an: DKP Brandenburg, Carl-Reichstein-Straße 2, 14770 Brandenburg – Oder E-Mail an: brandenburg@dkp.de

Ich möchte die DKP Brandenburg finanziell unterstützen.

Sparkasse Märkisch-Oderland, IBAN: DE86 1705 4040 3000 3558 20

